Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Złoty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 142 — Dienstag, den 13. September 1927 — 45. Jahrgang

Vor Abbruch der französisch-russischen Beziehungen?

Wird Moskau Rakowski abberufen? — Briand soll die Entscheidung treffen

Krise in Japan

Japan wird seit Jahresfrist von einer furchtbaren Wirtschaftskrisis geschüttelt. Es wird das amerikanische Tempo seiner Industrieentwicklung aufgeben und sich auf die alte Grundlage seiner Kleinbauern- und Kleinhandwerkerwirtschaft zurückflüchten müssen, wenn es einen Ausweg aus der schweren Krisis eröffnen will. Die soziale Entwicklung Japans hat allerdings eine Richtung genommen, die eine Rückkehr zu den Grundlagen seiner traditionellen ökonomischen und kulturellen Entwicklung außerordentlich erschwert. Die japanische Expansionspolitik ist von dem unglaublich raschen Tempo der Bevölkerungsvermehrung veranlaßt worden Nach der offiziellen Statistik betrug der Bevölkerungszuwachs Japans im Jahre 1922 eine Million Köpfe. Seitdem ist die Bevölkerungszunahme in ständig wachsendem Tempo weitergegangen. Diesen Menschenüberschuß unterzubringen, das ist die Schicksalsfrage Japans.

Die diesjährige Krisis der japanischen Wirtschaft hat der japanischen Politik eine ernste Lehre erteilt. Sie lehrt, daß das japanische Bevölkerungsproblem auf dem Wege der Industrialisierung nicht zu lösen ist. Zur restlosen Industrialisierung Japans würde ein Anlagekapital gehören, das von Japan selbst nicht aufgebracht werden kann, und das die englische und amerikanische Finanz nicht zu geben gesonnen ist. Zudem schiebt die wachsende Leistung der europäischen und amerikanischen Industrie der japanischen Schundindustrie auf den Märkten des fernen Orients einen starken Riegel vor.

Nach dem Versagen des Ausweges durch die Industrialisierung bleibt für Japan die Versorgung des Menschenüberschusses durch die Siedlung oder durch Auswanderung. Unter dem Druck der harten Krise ist die japanische Regierung zu Förderung der inneren Kolonisation übergegangen. Sie hat in das diesjährige Budget große Beträge zur Besiedlung von bevölkerungsarmen Gegenden eingestellt. Auf einigen der japanischen Inseln sind noch fruchtbare Gegenden vorhanden, die über 100 000 japanische Siedler aufnehmen könnten und für die Reiskultur sehr geeignet sind. Obwohl die Regierung bereit ist, diese Siedler mit Vorschüssen, Bodenkrediten und Steuernachlässen zu unterstützen, bleibt die Nachfrage nach Boden sehr gering. Auch in Japan hat sich in den letzten Jahren, wie in allen Industrieländern, eine rasche Abwanderung vom Lande nach der Stadt vollzogen. Der umgekehrte Prozeß begegnet in Japan den gleichen Schwierigkeiten wie anderwärts.

Die Auswanderung des Bevölkerungsüberschusses wird durch eine ähnliche Erscheinung erschwert. Nur ein kleiner Teil der japanischen Emigration drängt nach agrarischen Ländern. Japanische Bauern haben zwar in der Mandschurei anerkennenswerte Leistungen vollbracht, aber auch dort sind trotz günstiger Voraussetzungen und trotz größerer Staatshilfe die wirklichen Ergebnisse hinter den Möglichkeiten stark zurückgeblieben. Der japanische Kuli drängt nach den Industrieländern, um vom schlecht bezahlten Hilfsarbeiter zum qualifizierten Arbeiter oder noch lieber zum Händler aufzusteigen. Er scheut sich vor dem mühseligen Kampf mit dem Boden.

Die japanische Bourgeoisie steht dem Komplex dieser Fragen vollkommen ratlos gegenüber. Sie hat von dem ungeheuren Aufschwung der japanischen Kriegs- und Nachkriegswirtschaft ebenso skrupellos und mit ebenso geringem Mangel an Weitsicht profitiert wie die europäische. Ihre ganze Kunst in der Depressionsperiode beschränkt sich ebenfalls darauf, ihre wirtschaftliche Position mit Hilfe von Staatsmitteln auf Kosten der Allgemeinheit zu halten. Die Fülle von politischen Korruptionsskandalen der letzten Zeit, die finsteren Stützungsmachinationen der Großbanken für die wankende Industrie und den zusammengebrochenen Handel sind symptomatisch dafür, wie sich die gegenwärtig herrschende Klasse Japans die Sanierung ihrer Volkswirtschaft vorstellt. Augenblicklich sind die Hoffnungen der japanischen Wirtschaft für die Besserung der Lage auf die Entwertung des Yen konzentriert; auch sie glaubt an ihre Rettung durch eine künstliche Stimulation des Exports mit Hilfe einer Inflation, ohne sich große Sorgen über ihre volkswirtschaftlichen Konsequenzen zu machen.

Kritische Beurteiler sind den Erfolgen der japanischen Innenpolitik gegenüber sehr skeptisch. Nach den vorsichtigen Aeußerungen, die die von der Zensur hart bedrängte bürgerlich-demokratische Presse Japans macht, gleicht das Land einem unterirdisch grollenden Vulkan kurz vor dem Ausbruch. Alles in allem ist der gegenwärtige Zustand Japans ein Beweis für die Katastrophe der Ideen des politischen wie des wirtschaftlichen Imperialismus. Wenn Japan seine Stellung im Fernen Osten behaupten will, wird es die Konsequenzen dieses Irrtums in der Praxis ziehen müssen, wenn es nicht unter dem Druck sozialer Umwälzungen gewaltsam dazu getrieben werden will. Diese Wendung bedingt vor allem eine grundsätzliche Aenderung in der Taktik China gegenüber. Es wird sich darauf beschränken müssen, der Bundesgenosse und nicht der Diktator Chinas zu werden. Japan wird darauf ausgehen müssen, seinen Einfluß auf die Entwickelung der asiatischen Welt nicht mehr wie bisher auf macht- und wirtschaftspolitischem Wege, sondern auf dem Wege der politischen und kulturellen Beeinflussung zu suchen

Paris. Im Zusammenhang mit den Beratungen des französischen Ministerrates zum **Fall Rakowski** stellt es der gewöhnlich gut unterrichtete „Excelsior für möglich, daß die **Sowjetregierung** der Entscheidung der Pariser Regierung, Moskau zur Abberufung des Pariser Botschafters aufzufordern, zuvorkommen werde. Diese könne Rakowski einladen, seinen regelmäßigen Urlaub in Moskau zu verbringen, um seine Regierung zu informieren, während Rakowski durch einen Geschäftsträger ersetzt würde. Es wäre auch möglich, daß Frankreich eine Zeitlang in Moskau nur durch einen Geschäftsträger vertreten würde. Diese Lösung würde gestatten, auf dem gewöhnlich diplomatischen Wege die zwischen Frankreich und der Sowjetunion schwebenden Fragen zu lösen.

Nähere Einzelheiten über den Verlauf der Ministerberatungen glaubt die „Victoire“ berichten zu können. Das Blatt erklärt u. a., Poincaree habe selbst die Strafe auf den Fall Rakowski gebracht, nur Herriot habe den Versuch gemacht, Rakowski zu verteidigen und es als unmöglich bezeichnet, ohne **Briand** einen Beschluß zu fassen. Die Erklärung Poincarees, er sei sicher in vollem Einvernehmen mit Briand zu sein und dessen Gefühle auszudrücken, habe auf die Minister großen Eindruck gemacht. Um den Schein zu wahren, habe dann aber doch der Ministerrat beschlossen, die offizielle Entscheidung bis zur Rückkehr Briands aus Genf zu **verschieben**. Das Blatt hält es für möglich, daß von Briand aus Verhandlungen mit Moskau stattfinden, da in besonders gut unterrichteten Kreisen gerüchtweise verlautet, Rakowski werde zu Beginn der Woche **abreisen** und seinen Posten mit dem russischen Botschafter in Rom tauschen.

Paris erwartet Briand

Paris. Wie der „Matin“ mitteilt, beantwortete der in Genf weilende französische Außenminister **Briand** eine nach dem gestrigen Ministerrat ihm übersandte telephonische Anfrage, wann er einem Ministerrat beiwohnen könne, dahin, er werde am Samstag, den 17. September in Paris sein. Voraussichtlich wird an diesem Tage ein Ministerrat einberufen werden, der offiziös über die **Abberufung** Rakowskis beschließen dürfte. Im Laufe der gestrigen Nacht von dem Berichterstatter des „Matin“, Sauerwein, befragt, erklärte Briand: In dem ganzen Fall Rakowski wurde jede Entscheidung nur in **vollem Einverständnis** mit allen Regierungsmitgliedern getroffen. Die Regierung kannte und wünschte alle Telegramme, die sie an Moskau richteten, in Uebereinstimmung mit ihr verlangte ich zuerst eine Desavouierung und da diese ungenügend war, einen formellen Widerruf und ließ endlich Tschitscherin wissen, daß der Widerruf veröffentlicht würde.

Andererseits meldet eine Agentur aus Genf, **Loucheur** habe gestern eine telephonische Unterredung mit Paris, wahrscheinlich mit einem Mitglied des Kabinetts gehabt, in deren Verlauf er erklärt haben sollte, daß Briand **gegen die Forderung der Abberufung** Rakowskis **nichts** einzuwenden habe, falls der in Ramboillet stattfindende Ministerrat es in diesem Sinne aussprechen sollte. Allerdings wird diese Meldung dem „Petit Journal“ zufolge, von Loucheur dementiert.

Die Pariser Presse vom Fall Rakowski

Paris. Der Fall Rakowski beschäftigt immer größere Kreise und rückt besonders durch die Beratungen des Ministerrates in den Vordergrund des politischen Interesses. Die Informationen der Pariser Presse über den Verlauf der Beratungen des Kabinetts stimmen in der Auffassung überein, daß Rakowski nicht mehr die nötige Autorität besitze, um sein Land zu vertreten und in dessen Namen Verhandlungen zu führen. Die „Humanitee“ glaubt sogar zu wissen, daß im Gegensatz zu anderen Meldungen der französische Ministerrat formell die Forderung der Abberufung Rakowskis beschlossen habe, daß aber dieser Schritt nicht veröffentlicht worden sei, um Briand noch einmal Gelegenheit zur Aeußerung zu geben. Die „Humanitee“ sieht in der Angelegenheit Rakowski den ersten Schritt zum **Abbruch der diplomatischen Beziehungen** zwischen Frankreich und Rußland. Der Ministerrat gehe sogar so weit, sich zu der Ernennung eines neuen Botschafters in Paris **ablehnend** zu verhalten, da ein Geschäftsträger genügen würde. Gleichzeitig solle der französische Botschafter in Moskau, **Herbettee**, **abberufen** werden. Der Poincaree nahestehende „Hutin“ erklärt im „Echo de Paris“, der russische Botschafter sei von nun an als unerwünscht erachtet und der in Genf weilende Außenminister Briand teile uneingeschränkt die Meinung seiner Ministerkollegen. Der „Matin“ betrachtet den Zwischenfall durch die Kabinettsberatungen als geschlossen und schreibt, Rakowski hätte in diesen Tagen **aufgehört**, Botschafter in Paris zu sein. Es bedeute wenig, daß die offizielle Entschädigung der Regierung erst gefällt werde, wenn der Ministerrat vollzählig und besonders Briand aus Genf zurückgekehrt sei. Niemand zweifle daran, daß der französische Außenminister in einer Frage der nationalen Würde die Meinung seiner Kollegen teile. Wichtig sei aber die Feststellung, daß ohne Ausnahme die Mitglieder der Regierung die einmütige nationale Meinung teilen. Der „Gulios“ ist der Anschauung, daß es überflüssig wäre, die Rückkehr Briands abzuwarten, da er sehr gut von Genf aus seine Anschauungen bekannt geben könne.

Der polnische Antrag vor der Abrüstungskommission

Genf. Das Büro der Völkerbundsversammlung faßte in seiner Sonnabend-Nachmittagssitzung entgegen der Stellungnahme des italienischen Delegierten den Beschluß der Vollversammlung, die Ueberweisung des **polnischen** und **holländischen** Antrages an die entsprechenden Kommissionen des Völkerbundes vorzuschlagen. Man erwartet nunmehr, daß zum Schluß der Generaldebatte, die am Montag stattfinden wird, der Präsident der Versammlung diesen Vorschlag zur Annahme vorlegen wird. Die beiden Vorschläge sollen dann an die erste, die juristische Kommission, an die dritte Kommission für Abrüstungsfragen und an die sechste Kommission für politische Fragen überwiesen werden. In Delegiertenkreisen ist man der Ansicht, daß im Falle der Ueberweisung der beiden Anträge an die Kommissionen die Möglichkeit besteht, daß beide Anträge zu einem **einheitlichen Revolutionsentwurf** zusammengefaßt werden. Nach dem Beschluß des Büros sollen die Kommissionen nach 8 Tagen der Vollversammlung ihre Vorschläge vorlegen. — In der Nachmittagssitzung der Vollversammlung wurde die Fortsetzung der Generaldebatte nach einer Rede des kanadischen Vertreters auf Montag vormittag vertagt.

•

Genf. Zum Schluß der Sonnabend-Nachmittagssitzung der Versammlung wurde der Antrag des Präsidenten auf Ueberweisung des polnischen Resolutionsentwurfs an die dritte Kommission für Abrüstungsfragen ohne jede Debatte angenommen.

London „beruhigt“

London. Der „Daily Telegraph“ läßt sich von seinem französischen Korrespondenten aus Genf berichten, daß die polnische Resolution in ihrer gegenwärtigen Form **nicht** über den Artikel 15 der Völkerbundsatzung hinaus gehe. Der polnische Vertreter Sokal habe seine Absicht auf Durchführung einer wirksameren Resolution unter dem Druck der britischen Delegation aufgeben müssen, so werde wenigstens in den Kreisen behauptet, die in engerer Berührung mit Sokal ständen. In Uebereinstimmung mit seiner allgemeinen Haltung warnt der Berichterstatter gleichzeitig davor, die Bedeutung der Erklärungen Dr. Stresemanns über die Unterzeichnung des Protokolls für obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit zu überschätzen. Von zwei hervorragenden Juristen sei ihm versichert worden, daß eine solche Unterzeichnung den Schiedsgerichtsverträgen nichts hinzufügen könnte, die bereits zwischen Deutschland auf der einen, und Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite in Kraft wären.

Man sieht, daß die Propaganda in den Ententestaaten bereits wieder am Werke ist um den deutschen Schritt in der Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit in seiner Bedeutung **abzuschwächen**.

Painlevé gegen ein zügelloses Wettrüsten

Paris. Auf einem Bankett zur Feier des 13. Jahrestages der Marneschlacht in Meaux hielt Kriegsminister **Painleve** eine Rede, in der er ausführte, daß Frankreich in bezug auf seine Sicherheit sich vor jedem blinden Optimismus hüte. Wenn Unglückspropheten behaupten, es gebe zur **Verhinderung** eines Krieges als einzigen Ausweg nur ein zügelloses Wettrüsten, dann protestiere er hiergegen mit seiner ganzen menschlichen Vernunft.

Briands Rede zum Fenster hinaus

Kein positiver Vorschlag.

Genf. Eine Rede Briands ist stets eines vollen Hauses sicher. Jeder weiß im voraus, daß ihm ein Hochgenuß beschieden sein wird. Diese Erwartung ist auch diesmal enttäuscht worden. Fünfviertel Stunden lang war der alte Hexer am Werke. Wer sich aber von dieser Rede einen positiven Inhalt versprach, der wurde allerdings enttäuscht. Es war eine ausgesprochene Propagandarede für den Völkerbundgedanken und für den Frieden. Eine Volksversammlungsrede: über die Köpfe der vor ihm sitzenden, vielfach müden und skeptischen Berufsdiplomaten und Politikern hinweg sprach er zum Fenster hinaus an die Massen der ganzen Welt. Seine Worte flossen dahin, abwechselnd familiär, phathetisch, witzig, ernst, ohne logischen Aufbau, aber mit zündender Kraft, fast immer leer, aber immer schön.

Nach einem prononzierten Lob der Rede Stresemanns versuchte er in längeren Ausführungen die Unzufriedenheit der kleineren und mittleren Staaten über ihre Behandlung der Großmächte zu zerstreuen. Mit bloßem Witz aber lassen sich auf die Dauer der üble Eindruck nicht verwischen und die gefährlichen Folgen nicht bannen, die eine Feststellung dieser Methoden nach sich ziehen muß.

Sein Bekenntnis zur Abrüstung war feierlich, aber seine Rechtfertigung der allzu langsamen Fortschritte der bisherigen Vorarbeiten wenig überzeugend. Mit Nachdruck unterstrich er die Bekenntniserklärung Stresemanns, „des loyalen Vertreters Deutschlands", über den Beitritt Deutschlands zur fakultativen Schiedsgerichtsklausel.

Dann wandte er sich seiner Besprechung des polnischen Vorschlages zu den gestrigen Ausführungen Scialojas zu. Dieser Teil seiner Rede war besonders nützlich. Mag auch seine Antwort an den Wortführer der faschistischen Regierung mehr blendend gewesen sein, als inhaltlich gedacht, sie war jedenfalls außerordentlich wirksam. Sie läßt sich mit folgenden Worten zusammenfassen:

„Sie haben, Herr Scioloja, entdeckt, daß der polnische Entwurf nichts Neues gegenüber dem Völkerbund ist. Und wenn schon? Wir wollen den Frieden hinausschrein, unter allen seinen Formen, ob juristischen oder nicht. Und wenn man mir, als französische Vertreter, zumutet, zehnmal hintereinander ein und dasselbe Friedensbekenntnis abzulegen, ich bin dazu bereit. Es kann nur nützlich sein, wenn aus dieser Jahresversammlung ein neuer starker Friedensimpuls ausgeht, ob juristisch oder nicht, gleichgültig, wenn er nur echt ist!"

Die Chamberlainrede in London

London. Die Sonnabendrede Chamberlains in Genf findet in der englischen Presse naturgemäß einen ganz verschiedenen Widerhall. In einem Lager unbedingte Ablehnung, im anderen begeisterte Zustimmung. Aus den Stimmen der Sonntagsblätter geht hervor, daß Chamberlain mit seiner Rede die Politik umrissen habe, die für Großbritannien mindestens bis Mitte nächsten Jahres maßgebend sein werde. Der sachliche Kern der Rede finde ziemlich weite Zustimmung. In erster Linie trifft das auf das Genfer Protokoll zu. Ein Genfer Artikel Wickham Steeds im Observer, der sich eingehend mit der unbefriedigenden Atmosphäre beschäftigt, in der die Genfer Tagung begann, geht auch auf die Rede Stresemanns ein und stellt fest, daß diese eine optimistische Note in die Genfer Tagung hineingebracht habe. Deutschland habe die Führung übernommen, Frankreich könne nicht mehr länger mit der Unterzeichnung der Schiedsgerichtsklausel warten. Es sei zu hoffen, daß auch Chamberlain diesem Beispiel folgen würde. Trage er der allgemeinen Tendenz nicht Rechnung, so würde Groß-Britannien moralisch isoliert. Es dürfe nicht vergessen werden, daß der Fehlschlag der Flottenabrüstungskonferenz die Solidarität der englisch sprechenden Welt geschwächt, wenn nicht zerstört habe. „Sunday-Expreß" gibt der Genugtuung Ausdruck, daß der Sprecher der britischen Regierung klar und deutlich abgelehnt habe, England in weitere Verpflichtungen auf dem Kontinent verwickeln zu lassen.

Zunehmende Spannung in der Mandschurei

Peking. Die Lage in der Mandschurei spitzt sich von Tag zu Tag zu. Demonstrationszüge wenden sich gegen die japanischen Annexionswünsche. Oft muß Polizei einschreiten, um Japaner oder japanische Geschäfte vor den Demonstranten zu schützen. Trotzdem verlaufen die chinesisch-japanischen Verhandlungen über die wirtschaftliche Ausbeutung der Mandschurei durchaus normal. In Pekinger Regierungskreisen beobachtet man die Entwickelung in der Mandschurei mit großem Ernst, da bei Ausbruch von Unruhen Japan noch weitere Teile der Mandschurei besetzen dürfte.

Am besten geht der Menschenexport

Das Land der „Kreuzritter" ist der beste Abnehmer.

In 2 Monaten 15 068 Personen abgewandert.

Aus dem vom staatlichen Emigrationsamt herausgegebenen Bericht über die Monate Juni und Juli geht hervor, daß in diesen 2 Monaten 15 068 Personen dem Vaterland den Rücken gekehrt haben und sich in anderen Ländern eine bessere Bleibe suchen. Nach den europäischen Ländern wanderten allein 6477 Personen ab, nach den überseeischen Ländern 8591. Der beste Abnehmer für den polnischen Menschenexport ist das so verrufene Land der „Kreuzritter", Deutschland, das mithin Polen bedeutend mehr von seinem Ueberschuß entlastet als die Bundesgenossen Frankreich und Rumänien. Die folgende Liste zeigt die einzelnen Abnehmer:

Die polnische Auswanderung nach europäischen Ländern:

Deutschland	4 800 Personen
Frankreich	779 „
Dänemark	346 „
Rumänien	108 „
usw.	

Die polnische Auswanderung nach den überseeischen Ländern:

Kanada	5 128 Personen
Argentinien	1 655 „
Vereinigte Staaten	1 035 „
Brasilien	395 „
Palästina	166 „
usw.	

Wilna — die „Hauptstadt Litauens"

Ein neuer litauischer Verfassungsartikel.

Warschau. Die amtliche Zeitung „Lietuva" veröffentlicht eine Aenderung der Artikel 4 und 5 der litauischen Konstitution über das Territorium Litauens. Dem Artikel 4 wurde die Bemerkung hinzugefügt, daß die Hauptstadt Litauens Wilna sei und daß die Verlegung der Hauptstadt nach einer anderen Stadt nur auf dem Wege eines Parlamentsbeschlusses erfolgen könne.

Revision von Friedensverträgen

Lloyd George zur Rothermere-Aktion.

Die Londoner „Daily Mail" veröffentlicht ein Schreiben, das Lloyd George vor kurzem an den ungarischen Korrespondent Foeldiak gerichtet hat, und das das Blatt „ein Staatsdokument von äußerster Bedeutung" nennt. Es heißt darin, die britische Oeffentlichkeit erkenne voll an, daß weder das ungarische Volk noch sein Premierminister für die Katastrophe des Jahres 1914 verantwortlich waren. Lloyd George erklärte dann nachdrücklich, daß die Urheber aller Verträge von 1919-20 niemals für diese einen solchen Grad der Vollkommenheit beansprucht haben, daß sie sie für unabänderlich ansahen. „Wir alle faßten durchaus die Möglichkeit ins Auge, daß gewisse Klauseln und Bestimmungen der Verträge einer Erörterung, einem Rechtsspruch und einer möglichen Revision seitens des großen Tribunals, das in der ersten Klausel dieser Verträge errichtet wurde, nämlich des Völkerbundes, unterworfen werden können."

Die Kleine Entente in Genf

Genf. Sonnabend nachmittag traten im Hotel Beau Rivage bei Minister Dr. Benesch die Außenminister der Staaten der Kleinen Entente zu einer Beratung über ein gemeinsames Vorgehen in der gegebenen Lage zusammen. Während der Beratung einigten sich die Staatsmänner der Kleinen Entente auf eine Aktion, die allen Versuchen entgegentreten soll, die gegen die moralische Abrüstung, die bestehende Ordnung und den Frieden gerichtet sind. Die nächste Konferenz der Kleinen Entente wird zu Beginn des nächsten Jahres in Bukarest stattfinden. Der genaue Zeitpunkt wird später festgesetzt werden.

Ruhiger Sonntag in Genf

Genf. Der Sonntag ist nach den anstrengenden Verhandlungen der letzten Tage ruhig verlaufen. Zwischen den Außenministern haben keine weiteren Besprechungen stattgefunden, die meisten Delegationen haben den Sonntag zu Ausflügen in die Umgebung von Genf benutzt.

Die Vollversammlung nimmt am Montag Vormittag um 10 Uhr die Generaldebatte wieder auf, die im Laufe des Montag abgeschlossen werden soll. In der Vormittagssitzung spricht der Schweizer Bundespräsident Motta. Am Dienstag beginnen dann die Kommissionsverhandlungen, die voraussichtlich sechs Tage dauern werden. Für den Donnerstag sind jedoch die Wahlen zum Völkerbundsrat vorgesehen. In der Donnerstagsitzung wird die Vollversammlung zuerst über die Wiederwählbarkeit Belgiens in den Völkerbundsrat zu beschließen haben.

Laurahütte u. Umgebung

Bekanntmachung. Betrifft Belieferung der Armen mit Winterkartoffeln. Die Wojewodschaft hat auch in diesem Jahre die Absicht, die Armen mit Winterkartoffeln zu versorgen und es kommen folgende Gruppen der Armen bei der Kartoffelversorgung in Frage: 1. Arbeitslose, die zum Unterhalt ihrer Familie nur auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind. 2. Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen, aber nicht in der Lage sind, sich aus eigenen Mitteln mit Winterkartoffeln einzudecken. 3. Ledige Arbeitslose, die eigenen Hausstand führen und nur auf die Unterstützung angewiesen sind. 4. Invaliden jeder Art, die irgend eine Rente beziehen, wie Alters-, Kriegs-, Witwenrente usw., die nicht in der Lage sind, sich mit Winterkartofeln einzudecken. 5. Reichsarme, Ortsarme. 6. Alle diejenigen, die Arbeit nach dem 11. August d. Js. erhielten, aber bis zu dieser Zeit mindestens 12 volle Monate ohne Arbeit waren. Alle vorgenannten Armen können aber nur unter der Bedingung Kartoffeln erhalten, wenn ihre Einkünfte bei 2 Personen 75, bei 3—5 Personen 120 und bei 5 und mehr Personen 150 Zloty monatlich nicht übersteigen. Die Registrierung der zum Kartoffelempfang Berechtigten findet von heute bis einschl. den 15. d. Mts. während den Dienststunden in den Gemeindedienststräumen statt und zwar im Zimmer Nr. 1, wo bisher die Kontrolle der Arbeitslosen stattfand, von allen Arbeitslosen, Arbeitslose unter Nr. 2 und unter Nr. 6 Aufgeführten ebenfalls im Zimmer 1 vom 12.—15. d. Mts. Alle unter Nr. 4 und 5 aufgeführten Personen melden sich vom 12.—16. d. Mts. im Zimmer Nr. 8 in folgender Reihenfolge von 8 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags. Alle Personen mit dem Anfangsbuchstaben A bis J am Dienstag, den 13. d. Mts. Alle Personen von K bis einschl. P am Mittwoch, den 14. d. Mts. Alle Personen von R bis einschl. S am Donnerstag, den 15. d. Mts. Alle Personen von T bis einschl. Z am Freitag, den 16. d. Mts. Ausgeschlossen von dem Genuß der Kartoffeln sind diejenigen Personen, die bei der Untersuchung ihrer Bedürftigkeit falsche Angaben machen und diejenigen, die sich zur Registrierung nicht melden. Alle Personen müssen die genauen Nachweise über ihre Monatseinkünfte zur Registrierung mitbringen. Was die unter Nr. 6 bezeichneten Personen betrifft, so bemüht sich die Gemeindeverwaltung, allen diesen Personen vorbehaltlos Winterkartoffeln zu liefern, kann aber keine Garantie dafür übernehmen, ob diese Leute Kartoffeln erhalten. Das Bürgermeisteramt.

Polizeichronik. In der Zeit vom 7. bis 10. September sind bei dem hiesigen Polizeikommissariat 4 Personen wegen Ruhestörung im betrunkenen Zustande, 3 Personen wegen Uebertretung der Straßenverkehrsvorschriften, 2 Personen wegen Uebertretung der gewerblichen Vorschriften zur Anzeige gebracht worden. Der Polizeibeamte P. erwischte einen gewissen J. D., von hier, der 50 deutsche Zigaretten und 250 Zigaretten über die Grenze brachte. Der Polizeibeamte K. stellte einen Betrug, zum Schaden des Eisenbahnfiskus durch den P. J. von hier, auf dem hiesigen Bahnhofe statt. Wojt Vinzent aus der Hohenzollernstraße, jetzt ul. 3. Maja, brachte den F. B. wegen Mißhandlung zur Anzeige. Der Polizeibeamte Wantula ergriff die Schmugglerin Hedwig Mendrella aus Rosdzin mit 6½ Kilogramm deutschen Tabaks. Die K. Rudzki, Richterstraße, hier, zeigte den H. Ch. von hier wegen Mißhandlung bei der Polizei an. Der Wächter K. zeigte den T. H. von hier wegen Diebstahl zum Schaden einer Hütte Szolera an. Ein A. W. und Genossen, von hier, wurden von einem Theofil Leszczyk aus Kattowitz wegen Ueberfall auf der Straße zur Anzeige gebracht. Dem Florian Banczyk in Eichenau, Laurahütter Straße, wurde durch einen Unbekannten ein Fahrrad gestohlen.

Gottesdienstordnung:

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Dienstag, den 13. September 1927:

1. hl. Messe für verst. Paul und Elisabeth Stasz und Marie Bartoczek.
2. hl. Messe für gefallenen Curt Makula, Vater Max und Verwandtschaft.
3. hl. Messe für verst. Joh. Kjionzek, Großeltern beiderseits.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Dienstag, den 13. September 1927:

Zum hl. Herzen Jesu.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski. Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

Am Sonnabend, den 10. d. Mts., nachm. 5½ Uhr entschlief nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser lieber Onkel, Groß- und Urgroßonkel der pens. Steiger

Heinrich Buschmann

im ehrenvollen Alter von 87½ Jahren.

Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen an

Welnowice, den 12. September 1927

Bäckermeister Otto Hausfelder, als Neffe.

Beerdigung: Mittwoch, den 14. d. Mts., nachm. 3 Uhr vom Hedwigsstift, Siemianowice, ul. Stabika.